



Geheimniskrämerei? Hauptausschuß bleibt nicht-öffentlich!

Wie gewohnt setzte als einzige Fraktion die NPD einen Sachantrag auf die Tagesordnung der letzten Stadtvertreterversammlung im Dezember 2010. Nach Auffassung der drei nationalen Abgeordneten sollte der Hauptausschuß (HA) künftig in öffentlicher Sitzung tagen.

Neben der Stadtvertretung stellt der HA das entscheidungshöchste Gremium dar. Beschlüsse mit Beträgen von bis zu einer viertel Million Euro können von den Mitgliedern des Hauptausschusses beschieden werden und das alles unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit. Der NPD-Abgeordnete Marcus Neumann begründete den Antrag und sprach in seiner Rede von bürgernaher Politik.

In Zeiten von Wahlbeteiligungen unter 40 Prozent eine absolute Notwendigkeit!

Von einem Mitspracherecht der Einwohner (z.B. Fragestunde im HA) bei wichtigen Entscheidungen wollten die Demokraten allerdings nichts wissen. Der Antrag der Nationalen wurde bei nur vier „JA“-Stimmen abgelehnt.

„Die etablierten Parteivertreter der Stadt haben indes wieder einmal bewiesen, was sie von ihrer Demokratie halten. Mitbestimmungsrecht, durchsichtige Politik sowie Bürgernähe haben in der Welt der Pseudodemokraten einfach keinen Platz“, so M. Neumann (NPD) im Anschluß der Tagung.

Schulden!

Ein Beschluß sorgte auf der jüngsten Tagung zwar für wenig Aufsehen, doch war er deswegen nicht weniger interessant. Für den Schloßsprunkanbau sollte ein Teilkredit in Höhe von 850.000,- Euro aufgenommen werden. Abgesehen davon, daß der Anbau genauso überflüssig ist wie eine Sportstättennutzungsgebühr, verbindet diese beiden Dinge noch ein zweites anrühiges Detail.



Die mehr als 20.000,- Euro Zinsen, die allein im ersten Jahr aufgebracht werden müssen, entsprechen nämlich in etwa der Summe, die durch die Sportstättennutzungsgebühr eingenommen werden sollte. Weitere Kredite werden wahrscheinlich folgen...

Sportstättennutzungsgebühr: Eine Lektion in vielerlei Hinsicht!

„Wir haben im Vorfeld mit zahlreichen Vereinen gesprochen“, mit diesen Worten versuchte sich Stadtpräsident Arnim Beduhn während der Debatte um die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr immer wieder in Verteidigungsstellung zu bringen. Doch die Zuschauer im Haus des Gastes – immerhin 50 an der Zahl – wollten den Worten keinen Glauben schenken. Als Beduhn von der NPD-Fraktion und von den anwesenden Sportlern gefragt wurde, mit welchen der ungefähr 40 Sportvereine gesprochen wurde, erhielt man nur ausweichend Antwort. Die übrigen Stadtvertreter, auch die sonst eher Sportbegeisterten (z.B. Alexander Erinski, Carsten Seeger) hielten sich auffallend zurück, obwohl es offensichtlich um den finanziellen Ruin vieler Vereine ging.

Begonnen hatte alles im Februar 2010. Im Finanzausschuß sollte sich über den Haushaltsentwurf 2010 unterhalten werden. Im Zuge der Diskussionen wurde von der Fraktion CDU/FDP/Gewerbeverein/Soziale eine lange Sparliste vorgelegt. Unter ande-



rem wurde vorgeschlagen: „Prüfung der Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Sportanlagen durch Freizeitsportler“ – gezeichnet Andreas Texter!

Darauffhin wurde das Thema an den Fachausschuß übertragen und kam im April auf die Tagesordnung. Über die Erhebung einer Nutzungsgebühr gab es keine generellen Einwände von seiten der Ausschussmitglieder (außer von der NPD). Herr Radomski empfahl sogar, die Gebühr abhängig vom Einkommen zu berechnen. Im Klartext hätte das heißen, jeder muß sein Einkommen offenlegen (Die Stasi läßt grüßen)! Abschließend wurde die Verwaltung beauftragt eine Satzung zu entwerfen.

Drei Ausschußsitzungen später, am 23. November, also in der Woche vor der Stadtvertreterversammlung wurde dem Ausschuß die Satzung vorgelegt. Und obwohl dieses Mal Vertreter von Vereinen anwesend waren und ihren Unmut bekundeten, stimmte der Ausschuß für die Satzung (einzige Gegenstimmen: Marcus Neumann, NPD und Christian Braun, LINKE).

Auch im Haupt- und Finanzausschuß wurde der Drucksache mehrheitlich zugestimmt (Gegenstimmen: Marko Müller, NPD und jeweils eine weitere). Interessant ist noch zu erwähnen, daß der erste Entwurf der Sportstättennutzungsgebühr gar nicht

vorsah, Kindern und Jugendlichen die Gebühr zu erlassen. Erst während der Hauptausschußsitzung am 16.11. wurde eine Tischvorlage präsentiert, in der die Befreiung vorgeschlagen wurde.

Man sieht also, wer den eigentlichen Stein ins Rollen brachte und wer versucht hat diesen aufzuhalten. Nicht das Haushaltskonsolidierungskonzept – wie es heute so schön heißt – gab den Anstoß eine Sportstättennutzungsgebühr zu erheben, sondern die Sparliste von CDU/FDP/Gewerbeverein/Soziale. Daß sich deren Fraktionsvorsitzender Andreas Texter während der Stadtvertreterversammlung als „Retter

der Nation“ aufspielte und beantragte den Beschlußvorschlag von der Tagesordnung zu streichen, grenzt an Verdummung der Bürger. Schließlich war er es, der den einstigen Vorschlag im Februar mit seiner Unterschrift ins Rennen brachte. Dazu kommt, daß er auf keiner der vier zuvor beschriebenen Sitzungen anwesend war.

Und auch die Worte der Bürgermeisterin zum Jahreswechsel im Stadtreporter „Verwaltung und Politik sind aufgrund der defizitären Haushaltslage zu unpopulären Maßnahmen gezwungen, dazu zählt sicher die Einführung angemessener Gebühren für die Nutzung der Sport-

stätten“ entsprechen unserer Auffassung nach nur der halben Wahrheit. Denn: Niemand kann uns als Stadtvertreter dazu zwingen, unsere Vereine mit den Füßen zu treten!

Marko Müller (NPD) zusammenfassend: *„Auch wenn der Protest vieler Sportler die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr vorerst kippen konnte, gehen wir nicht davon aus, daß der Großteil der Stadtvertreter daraus gelernt hat. Vielmehr hoffen wir, daß die Bürger von Ueckermünde daraus ihre Lehre ziehen und auch zukünftig versuchen, die politischen Vorgänge zu beeinflussen, bevor es zu spät ist!“*

Kommentar

Werte Ueckermünder,

vielleicht haben Sie auch die vielen Neujahrsansprachen verfolgt und wieder einmal festgestellt, daß Berufspolitiker Lügen können ohne rot zu werden.

Doch auch auf kommunaler Ebene gibt es ehrenamtliche Entscheidungsträger, die es nicht immer ganz genau mit der Wahrheit nehmen. Auf der jüngsten Tagung der Stadtvertretung ging es um die Sportstättennutzungsgebühr. Zu Beginn

der Sitzung spielte sich der CDU/FDP/Gewerbeverein/Soziale-Fraktionsvorsitzende Andreas Texter als Vertreter der Sportler auf. Doch besonders Texter und seine Fraktion zeichnen sich verantwortlich für viele Einschnitte im finanziellen Bereich. Im Zuge der Haushaltsdebatte stellte nämlich seine Fraktion eine Sparliste vor, die sich gewaschen hatte. In dieser Ausgabe gehen wir auf einige Erhöhungen, Streichungen und Mehrbelastungen genauer ein und zeigen Ihnen, wo



das Elend seinen Ursprung hat und was im Ueckermünder Stadtreporter verschwiegen wird!

Ihr André Gehrt



Sparen ja- aber an der richtigen Stelle!

Ueckermünde hat ein Haushaltsdefizit von 2 Millionen Euro. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, haben sich die Etablierten entschieden, einen Teil des Schuldenberges aus den Taschen der Einwohner zu finanzieren. So wurde unter anderem beschlossen die Hundesteuer, die Garagenpacht, die Grundsteuer B, die Eintrittsgelder für Veranstaltungen und für das Freizeitzentrum sowie die Bibliothekgebühren zu erhöhen. Außerdem sollen alle Kleingärten überprüft und eventuell die Pachten erhöht werden.

Daß es auch anders geht, zeigen die Sparvorschläge der NPD: z.B. Kündi-

gung von überflüssigen Mitgliedschaften der Stadt z.B. Deutsch-Polnische-Gesellschaft, Städte- und Gemeindetag usw. (ca. 10.000,- Euro jährlich). Kürzung der Sitzungsgelder ca. 2500,- Euro jährlich. Nutzung des Haus des Gastes für Stadtvertretersitzungen – dadurch keine Zahlungen mehr an den Speicher. Verzicht auf Anschaffung von Wahlplakattafeln (ca. 5.000,- Euro). Versteigerung der kommunistischen Denkmäler (z.B. Ernst-Thälmann-Denkmal) - dadurch

hätte man eine einmalige Einnahme und würde die Pflegekosten einsparen. Nutzung des Privatautos durch die Bürgermeisterin (Vorbild Anklam). Verzicht auf weitere Prestigeobjekte ohne im Vorfeld den Rückhalt der Bevölkerung zu überprüfen (Bahn, Schloß, Kino, Busbahnhof).

Man sieht es ist möglich zu sparen auch ohne die Ueckermünder zu belasten. Daher stimmte die NPD-Fraktion gegen das Haushaltssicherungskonzept.

Der nächste **BÜRGERSPRECHTAG** findet am 26.01.2011 im NPD-Bürgerbüro statt.
Sie erreichen uns auch unter: 039771/ 544358
oder fraktion-uem@npd-mv.de

